

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Verlagspreis: 22.—28. Oktober 700 Mk. Einzelne Nummern 120 Mk. W.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. - Stadtdirektion Dresden Nr. 140

Ankündigungsspreise - Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen.  
(Grundpreise: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 100 Mk., die 66 mm breite  
Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 200 Mk., unter Einzahlungs 300 Mk.  
Schlüsselzahl: 12 000 000). Grundlegung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluss  
der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeitungslisten der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss  
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste der Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 252

Dresden, Sonnabend, 27. Oktober

1923

## Der Fall Hause.

Das Wehrkreiskommando gibt heute in den Zeitungen bekannt, daß der Regierungsrat Hause, der Polizeihauptmann Meißel und der Kriminalrat Wittenzwei aus der Haft entlassen worden seien, nachdem sich der Verdacht, der zu der Verhaftung führte, als unbegründet herausgestellt hat.

Es ist also eingetreten, was die Nachrichtenblätter der Sächsischen Staatskanzlei schon in ihrer ersten Notiz vorausgesagt hat, nämlich, daß sich das Wehrkreiskommando durch eine Denunziation aus unklarer Quelle hat überzeugen lassen. Das Wehrkreiskommando hat dieser Denunziation nur zu drei Viertel vollen Glauben geschenkt, was das schon aus der Fassung des Schußhaftbefehls hervorgeht. Es liegt darin, daß die drei Verhafteten durch ihr Verhalten die öffentliche Ruhe und Ordnung schwer gefährdet. Das soll durch einige, dem Militärbefehlshaber in glaubhafter Weise zur Kenntnis gelangene Tatsachen" erklärt werden, wie folgt:

1. Das Wehrkreiskommando ließ in Schmölln eine Waffenbeschlagnahme vorzunehmen. Hier von sind die Betroffenen rechtzeitig gewarnt worden, so daß die Beschlagnahme fehlerhaft. Die Warnung kam, den Hauptmann nach, nur durch Hause erfolgt sein. Nach dem festgestellten Sachverhalt haben sich Hause und Wittenzwei alsbald in Kraftwagen nach Schmölln begeben. Das kann nur geschehen sein, um die Waffenbeschlagnahme zu verhindern.

2. Meißel ist ferner, daß Meißel, zusammen mit Hause, Maschinengewehre in Knudorf im Kreisamt nach Dresden gebracht hat. Diese Verbindung der Waffen von Knudorf nach Dresden geschah nicht, weil sie damit einem unangeleglichen Zugriff entzogen werden würden. Dies geht daraus hervor, daß man diese Abfertigung geheim halten wollte. Meißel hat sich nämlich darüber täuschend geäußert, daß über die Abfertigung gesprochen worden ist. Das Interesse an der Geheimhaltung läßt sich also nur verstehen, wenn mit der Verhinderung der Waffenbeschlagnahme Verfolgung verbunden.

Die ganzen „in glaubhafter Weise zur Kenntnis gelangenen Tatsachen“ und der „festgestellte Sachverhalt“ haben sich nun als eitle blauer Dunst erwiesen. Wenn das Wehrkreiskommando seinen trüben Quellen nicht zu blindlings vertraut und sich gleich an die richtige Stelle, an die vorgeordnete Behörde der Verdächtigen, gewandt hätte, so würde es sich die erge Bloßstellung, die es erfahren hat, haben ersparen können.

Die geplante Beschlagnahme von Waffen in Schmölln ist allerdings mißlungen. Sie mußte mißlingen, weil keine Waffen vorhanden waren. Das Wehrkreiskommando will sich leider von der wichtigen Voraussetzung, daß die proletarischen Hundstschäfer bewaffnet sind, nicht abbringen lassen, obgleich die absolute Ergreifbarkeit seiner Suche nach diesen gefährlichen Waffen in allen Fällen es unmöglich machen hätte überzeugen sollen, daß die

**Verhinderung der Regierung,**  
den Hundstschäfern seien von ihr keine Waffen geliefert worden, und auch auf anderem Wege sei ihre Bewaffnung nicht erfolgt, richtig ist. Aber immer noch glaubt das Wehrkreiskommando, daß die jetzt aufgelösten proletarischen Hundstschäfer die großen Waffenlager, aber die sie in der Phantasie des Militärs und bürgerlicher Anführer verfügen sollen, auf trübselige Weise besetzt zu bringen vermocht haben. So erklärt sich die Bereitwilligkeit, mit der es seinen allen Gewährsmännern in Schmölln Glauben schenkte. Man fand keine Waffen, also mußten sie in Sicherheit gebracht worden sein, also mußte ein Verdacht die geplante Beschlagnahme verhindert haben. Dem glaubte man in der Person des Regierungsrats Hause gefunden zu haben, den man schließlich deshalb der Tat für verdächtig hielt, weil er an jenem Sonntag, dem 21. Oktober, in seiner Dienststelle im Polizeipräsidium nicht gesehen worden sei. (Dieser Umstand ist übrigens

wo die Spiegel, auf die das Wehrkreiskommando sich gestützt hat, zu suchen sind.) Hause, so wurde Schatzkammer kombiniert, in an jenem Sonntag im Auto, das Wittenzwei geleitet hat, nach Schmölln gefahren und hat die Waffenbeschlagnahme verhindert. Aber Regierungsrat Hause konnte genau nachweisen, daß er sich an jenem Tage in Dresden befunden und die Stadt nicht verlassen hat, daß er nicht von Wittenzwei gefahren wurde, der an jenem Tage als ein mehr den Ministerpräsidenten gefahren hat, und eine ganze Reihe von Jungen konnten die Auslöser Hauses bestätigen.

Am 2. Falle handelte es sich um eine Handlung, die die vorgeordnete Dienstbehörde dem Regierungsrat Hause aufgetragen hat. Das Wehrkreiskommando witterte auch in diesem Falle eine Wahnahme zur Bewaffnung der proletarischen Hundstschäfer. Täglich wurden die Waffen von Knudorf nach Dresden überführt, um sie besser zu sichern; sie wurden aus einem leicht gebauten Hause in ein festes gebracht. Der Transport war so wenig geheim, daß die gesamte Polizeibeamtenschaft und Gendarmerie in

Knudorf beim Knäulen dabei war. Von diesem Sachverhalt hätte sich, wie gesagt, das Wehrkreiskommando sehr schnell in der halb weniger Minuten durch Befragen bei der vorgeordneten Behörde der Täthigen überzeugen können. Es hätte die tun müssen, wenn es seine Verhinderung, daß es

## in gutem Einvernehmen mit der sächsischen Regierung

und den Behörden arbeiten wollte, hätte wahrnehmen wollen. Aber in kindem Eifer glaubte es sich seinen beruflichen Gewährsmännern, und so wurde dann eine Haupt- und Staatsaktion gegen Hause, Meißel und Wittenzwei unternommen, die tödlich wirken würde, wenn sie nicht eine schwere Kränkung pflichter Beamten bedeutete, und wenn sie nicht hätte höchst bedenkliche Vermittlung, in Demonstration in der Beamenschaft antizipieren lassen.

So mußten die Beamten des Polizeipräsidiums sehen, daß der Vertrauensmann der Regierung nicht zwei vermeintlichen Komplizen der Schwerverbrecher in die Gefangenenanstalt des Polizeipräsidiums eingekerkert wurden, daß ein Doppelposten mit Gewehr

und Handgranaten vor die Türen der Zellen gestellt, und daß sogar im Hof unter die Fenster der Zellen noch schwerbewaffnete Reichsmehrposten gestellt wurden. Dazu wurde jeder Verkehr der Gefangenen mit der Außenwelt mit drakonischer Strenge unterbunden.

Überdies wurde Hause alle fünf Minuten durch das Türschloß von dem bewachenden Reichsmehrposten beobachtet, als ob dieser sich überzeugen wollte, daß er noch keinen Selbst- oder Selbstmordversuch unternommen habe - eine raffinierte Qual für den Gefangenen. Dieser ganze Aufwand von Sicherheitsmaßnahmen ist schließlich verfallen worden.

Der ganze Fall zeigt, wie sehr sich das Wehrkreiskommando von den lächerlichsten Berichten gewisser bürgerlicher Blätter über angebliche Bewaffnung der Hundstschäfer, die in ihrer schlimmsten Form selbst Eingang in die „Zeit“, das Organ des Reichstagsrats, gefunden haben, überzeugen ließ. Inzwischen hat es wohl einsehen müssen, daß alle die Behauptungen von schwerbewaffneten Hundstschäfern, von besterren Wirtshäusern, von ihrer Bewaffnung mit Kraft- und Lastwagen usw. absolute Lügen sind. Denn die Reichswehr hat bei allen Suchen nach Waffen in Sachsen - am Nachmittag des Donnerstags, da Hause verhaftet wurde, fand ja noch eine groß angelegte Aktion dieser Art im Bereich des Kreisamtes in der Marienstraße zu Dresden und in Tharandt statt - bislang nichts gefunden als ein paar alte Seitenwhehre und ein Feuerrohr, die verstreute Leute noch von der Zeit des Weltkrieges her aufbewahrt hatten, wie sich das in allen Teilen Deutschlands und bei Leuten aller Parteienrichtungen feststellen lassen wird.

Das Bedenkliche an der Sache ist, daß die Denunzianten im Falle Hause nur Leute sein können, die von amtlichen Diensten Kenntnis haben, daß es sich also um Beamte handeln dürfte. Das erhebt auch die Angabe des Hauptmanns Olsch bei der Vernehmung Hauses, dieser sei an dem fraglichen Sonntag im Polizeipräsidium nicht gesehen worden.

Es darf nun wohl angenommen werden, daß das Wehrkreiskommando sich seiner moralischen Pflicht bewußt ist, der sächsischen Regierung die Namen seiner Gewährsmänner mitzuteilen. Hat schon im Privatleben jeder Anspruch darauf, die Leute kennen zu lernen, die ihn strafbarer Handlungen verdächtigen, um wie vielmehr die Behörde, der es nicht zugemutet werden kann, mit Beamten zu arbeiten und ihnen eventuell Vertrauensaufträge zu erteilen, die in leichtfertiger Weise ihre Kollegen einer Strafverfolgung ausgesetzt haben. Die einfachsten Reaktionsgründe sprechen dafür, daß das Wehrkreiskommando dieses berechtigten Verlangens der sächsischen Regierung erfüllen muß.

## Der Endkampf um das Reich.

Von Polizeidirektor Schöpinger.

Der Bau der deutschen Republik tracht, trotz Vereinigung der gesamten vorkriegenden Gewalt beim Reichswahlminister, in seinen Augen. Bisher hat gerade die Stabilität des Ausnahmezustandes, der in den Jahren politisch unersahener Militärs zu einem peinigenen Knebel und nicht zu einem Kraftmoment des staatsbeherrschenden Massenwillens geworden ist, dazu beigetragen, das deutsche Volk in den Bürgerkrieg hineinzuführen.

Der über uns lastende Ausnahmezustand gründet sich auf den Artikel 48 der Reichsverfassung. Ausführungsbefugnisse über die Abgrenzung der Befugnisse zwischen Wehrmacht, Polizei und den Verwaltungsbehörden sind jetzt noch nicht erlangt. Militärische Eingriffe in dem für uns Tod geöffnet, ganz gleich, ob sie militärisch, konzentriert von Reichslandungsmaßnahmen der staatsbürgerlichen Freiheit vorliegt oder nicht. Diese Ungleichheit in der Handhabung dieses gefährlichen Instrumentes, des Ausnahmezustandes, hat in den angeblichen Zentren der antirepublikanischen Bewegung in Deutschland, nämlich in Sachsen und Bayern, schwere Erschütterungen ausgelöst, die sich in gewaltigen Explosionen zu entladen drohen.

Gegen Sachsen wurde eine „Polizeiaktion“ eingeleitet mit dem Ziel, verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen. Ich will hier die Verhinderung einer „Polizeiaktion“ gegen

## An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Frauen!

In schicksalsschwerer Stunde wenden sich die unterzeichneten Organisationen an die werktätige Bevölkerung Deutschlands.

Das proletarische Sachsen ist auf das schwerste bedroht. Die Reichsregierung hat, angeblich um Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen, nach einer anderen Begründung, um Sachsen gegen Bayern zu schützen, bisher bereits etwa 60 000 Mann Reichswehr einmarschieren lassen.

Es hat sich aber bereits jetzt unabweisbar ergeben, daß sich der Einmarsch der Reichswehr einzig und allein gegen die sächsische werktätige Bevölkerung richtet. Mitglieder der beiden proletarischen Parteien werden grundlos verhaftet. Ausschreitungen, die an Kriegszustände erinnern, werden gegenüber friedlichen Passanten verübt.

In Pirna gab es Tote und Verwundete, deren Verletzungen beweisen, daß auf sie von hinten, während sie den Platz räumen, geschossen worden ist. Das ist selbst durch den Stadtrat von Pirna, mit Einschluß seiner deutschnationalen Mitglieder, in einem öffentlichen amtlichen Protest festgestellt worden.

Arbeiter wurden an einzelnen Orten grundlos mit dem Gewehrkolben geschlagen, teilweise ist, wie in Aretal, an friedlichen Bürgern die Prügelstrafe vollzogen worden. Die Erregung der Bevölkerung ist spontan aufgeflammt. Die Arbeiter haben zum Teil, demonstrativ, die Arbeit niedergelegt.

Die Erregung wird um so größer, als das Militär sich bereits anschickt, über die durch die Verfassung gesicherten Rechte der verfassungsmäßig gebildeten Regierung des Landes, der keinerlei Verfassungsüberleitung nachgewiesen werden kann, hinwegzuschreiten.

Hausdurchsuchungen bei der Dresdner Polizeidirektion, Anforderungen an die Bezirksämter unter Umgehung der Regierung, mißliebige Lehrer zu entlassen und zu bestrafen, die Verhaftung eines Regierungskommissars wegen amtlicher Handlungen, für die er nur der Regierung verantwortlich ist, beweisen, wozu der Marsch führt. Die Reaktion hat schon seit Monaten nach der Reichsregierung gegen Sachsen geschrien. Besonders lauten es die sächsischen Industriellen. Der Rektion war es unmöglich, durch die letzte Landtagswahl die sozialistische Regierung zu kürzen. In dies verfassungsmäßig nicht gelang, glaubt sie nun, im Zeichen des Ausnahmezustandes ihre Ziele verwirklichen zu können. Die Reichswehr, fast angefüllt durch sozialistische Elemente, wird von der Reaktion als ein geeignetes Instrument im Kampfe gegen die sozialistische Arbeitererschaft betrachtet obwohl diese die stärkste Stütze der Republik und der Einheit des Reiches ist.

Bis zum Einmarsch der Reichswehr herrschte Ruhe und Ordnung im Freistaat Sachsen. Alle entgegengesetzten Nachrichten der bürgerlichen Presse sind unwahr und verfolgen den Zweck, einen Scheingrund für den Einmarsch der bewaffneten Macht in sächsisches, von einer Arbeiterregierung geleitetes Land zu schaffen. Anrufen, die im Reiche in weit größerer Zahl als in Sachsen zu verzeichnen waren, sind geboren aus der Not und Verzweiflung des industriell fast bevölkerten Sachsens. Zu deren Verhinderung trachten aber die sofort eingetragenen polizeilichen Machtmittel Sachsens völlig aus.

Nach allen Vorgängen der letzten Tage muß sich der Arbeitnehmerschaft die Überzeugung aufdrängen, daß ihr die wenigen staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die die Revolution brachte, entziffen werden sollen.

Ähnlichend hat das gutdisziplinierte sächsische Proletariat, trotz allen Provokationen, bis jetzt die Ruhe bewahrt. Die Arbeitnehmerschaft weiß, daß sie die Gefahr, von der sie und die Republik bedroht ist, nicht allein abwenden kann.

## Genossen Deutschlands! Kommt dem sozialistischen Sachsen zu Hilfe!

Es muß schnell gehandelt werden, soll nicht das Letzte verlorengehen. Sachsen geht immer als der Hort des fortschrittlichen und freiheitlichen Gedankens und als der Stütz der sozialistischen Arbeiterbewegung. Laßt es nicht zum Verjüngungsobjekt der Reaktion werden.

## Genossen Deutschlands! Verhütet das!

Landesarbeitsausschuß der Vereinigten sozialdem. Partei Sachsens.  
Bezirksausschuß Sachsen des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Landessekretariat Sachsen.  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Landesausschuß Sachsen.